Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

06.05.1987 - Drucksache 11/942

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/942
06. 05. 87

Antrag der Fraktion der SPD

Schutz der Bürgerinnen vor Gewalt

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Frauen und Mädchen sind in unserer Gesellchaft in verschiedener Hinsicht von Gewalt betroffen. Gewalt vermittelt sich ihnen in der Regel ihr ganzes Leben hindurch indirekt als Ohnmachts- und Benachteiligungserlebnisse sowie direkt in vielen Fällen als körperliche und seelische Mißhandlung.

Obwohl Frauen und Männer nach dem Grundgesetz gleichgestellt sind, hat sich an der gesellschaftlichen Realität der Benachteiligung der Frauen und Mädchen, die sich in latenter und offener Gewalt manifestiert, in den letzten Jahrzehnten wenig geändert, ja sie hat sich in den letzten Jahren durch die Verschlechterung der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen wieder verschärft.

Das Ausmaß der offenen und unterschwelligen Gewalt gegen Frauen wird nach wie vor nur ungern zur Kenntnis genommen. Mißhandelte Frauen werden vielfach diskriminiert und alleingelassen, vergewaltigte Frauen der „Mittäterschaft" verdächtigt und eingeschüchtert.

Jährlich erstatten laut Bundeskriminalstatistik ca. 10 000 Frauen Anzeige wegen außerehelicher Vergewaltigung oder sexueller Nötigung. Die Dunkelziffer, d. h. die Zahl der vergewaltigten Frauen, die keine Anzeige erstatten, ist zehn- bis zwanzigmal so hoch.

Diese enorme Dunkelziffer resultiert vor allem daraus, daß nicht nur die Vergewaltigung selbst, sondern häufig auch der Weg von der Anzeige über den Prozeß bis zur Urteilsverkündung als Ausdruck der strukturellen Gewalt in dieser Gesellschaft angesehen werden muß. Die nach allen Erfahrungen berechtigte Angst ohnehin traumatisierter Vergewaltigungsopfer vor offenen oder kaschierten Vorurteilen der Öffentlichkeit, vor der Prozeßsituation und vor den Reaktionen in Familie und Freundeskreis verhindern nahezu zuverlässig eine Anzeige eines Gewaltverbrechens.

Ziel staatlichen Handelns muß sein, das Ausmaß ehelicher und außerehelicher Vergewaltigungen zu verringern, die Anzeigenhäufigkeit zu steigern und den Opfern von Gewalt Hilfestellungen zu bieten.

2. In Bremen liegen auf diesem Gebiet vergleichsweise die fortgeschrittensten Ansätze und erste auswertbare positive Erfahrungen vor, da früher als in anderen Bundesländern und Großstädten Maßnahmen ergriffen wurden.

So hat sich das 1984 eingerichtete Sonderdezernat als sehr positiver Ansatz bewährt.

So ist die Kooperation zwischen den zuständigen Institutionen und Gremien seit 1983 unter maßgeblicher Beteiligung der Zentralstelle für die Gleichstellung der Frau kontinuierlich verbessert worden.

So konnte bei der Arbeit der Schutzpolizei, des Fachkommissariats und bei Gerichtsverhandlungen deutliche sachliche und atmosphärische Verbesserungen erzielt werden.

So konnten die Fortbildungsmöglichkeiten für die Kolleginnen/Kollegen bei den ermittelnden und bearbeitenden Instanzen spürbar verbessert werden.

So konnten auch im Bereich der Lehrpläne in den Schulen durch Überarbeitung die notwendigen Verbesserungen auf den Weg gebracht werden.

3. Vor dem Hintergrund dieser positiven Ansätze wird der Senat aufgefordert, auf dem eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen und dabei insbesondere folgende Maßnahmen erneut zu ergreifen bzw. verstärkt fortzusetzen:

— einen Gesetzentwurf zur Ausdehnung des strafrechtlichen Schutzes in Bezug auf die §§ 177—179 StGB in Abstimmung mit anderen Ländern in den Bundesrat einzubringen

— Unterstützung der sich herausbildenden Forschungs- und Bildungsarbeit

— Verstärkung der öffentlichen Aufklärungsarbeit

— Intensivierung der spezifischen Aus- und Fortbildung und Wahrnehmung überörtlicher Gesprächsmöglichkeiten auf Tagungen und Fachkonferenzen

— weitere Verbesserung der Koordinierung betroffener Institutionen und Unterstützung der dem Problem entsprechenden Aktivitäten und Initiativen.

Griesche, Marion Poppen, Sabine Uhl, Anneliese Leinemann,

Pöting, Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen